

20. II. 1918

9

(Reduktion der Broterzeugung.) Das Volksernährungsamt hat eine Verordnung erlassen, die den Bäckern vorschreibt, nicht wie bisher aus 636 Gramm Mehl, sondern von nun an aus 600 Gramm Mehl Brotloibe im Gewicht von 840 Gramm herzustellen. Gestern vormittags fand sich im Ernährungsamt eine Abordnung der Wiener Bäcker Genossenschaft ein und führte aus, daß die Bäcker mit Rücksicht auf die derzeit sehr mangelhafte Qualität des Mehles außerstande seien, diesem Auftrag nachzukommen. Um einen Ausgleich mit der ihnen entzogenen Mehlmenge herbeizuführen, wären sie gezwungen, dem Brot in noch größeren Mengen als bisher Wasser zuzuführen. Da die schon gekennzeichnete Mehlschäfflichkeit diesen Ausweg aber nicht zuläßt, da das so erzeugte Brot knöcklig werden und gesundheitschädlich wirken würde, bleibe nichts anderes übrig, als die Brotgröße entsprechend der geringeren Mehllieferung zu verkleinern. Das bedeutet jedoch wiederum nichts anderes als eine Verkürzung der Brotquote. — Die Kriegsgetreidegesellschaft erklärt hierzu, daß sie mit der Erabsetzung des an die Bäcker auszugebenden Mehlsquantums lediglich gemäß des ihr vom Volksernährungsamt erteilten Auftrages handle. Sie lehne jede Verantwortung für die neue Verordnung ab. — Nach einer Mitteilung aus dem Rathaus hat das Volksernährungsamt tatsächlich eine Vorschrift erlassen, derzufolge die Bäcker aus einem geringeren Mehlsquantum als bisher die gleiche Brotmenge wie bisher erzeugen sollen. Das Amt steht auf dem Standpunkt, daß die Bäcker tatsächlich, wenn sie wollen, in der Lage seien, mit der verminderten Mehlmenge von 600 Gramm ihr Auslangen zu finden. Man beabsichtigt, durch die Verordnung zu verhindern, daß von den Bäckern irgendwelche Ersparnisse gemacht werden. Man versucht eben jetzt, besonders in Anbetracht der geringen Mehlfzufuhren, nach Möglichkeit zu sparen und hofft, durch die neue Verordnung wöchentlich einige Waggon Mehl zu erübrigen. Seitens der kompetenten Stellen ist übrigens schon versucht worden, das Volksernährungsamt von seinem neuesten Sparplan, der begreiflicherweise weder bei den Produzenten noch den Konsumenten Beifall findet, abzubringen, und es besteht begründete Hoffnung, daß die Verordnung, wenn schon nicht zurückgezogen, so doch völlig abgeändert wird.